

Niederrheinisches Tageblatt

Kempener Volkszeitung * Kempener Zeitung * Kempener Volksblatt.

Ersteinst wertvoll. Bezugspreis monatlich in der Geschäftsstelle, bei den Boten, durch die Post bezogen frei ins Haus gebracht 2. —. Sämtliche Boten und Postanfragen nehmen Bestellungen entgegen. Bei telefonisch abgegebenen Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Mit den Beilagen:

„Thomas a Kempis“, „Die Feierstunde“
Die Welt, Freude u. Humor u. Landw. Ratgeber.

Anzeigen kosten Grundpreis: 1 mm hoch, 45 mm breit im Ver-
breitungsgebiet 0,07 M., auswärts 0,10 M. Kleinanzeigen: 1 mm
hoch, 90 mm breit 0,40 M. Im Falle höherer Gewalt fallen
Ansprüche der Verleger fort. Bei zwangsw. Verbreitung, Konfuzi-
usw. fällt der Rabatt fort. Druck u. Zeitungsverk. o. Verbindlichkeit

Telegrammadresse: Tageblatt Kempensheim. — Fernruf Nr. 41. — Postfach-Konto: Amt Köln 26487. — Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung Kempensheim.
Verantwortlicher Schriftleiter: Hubert Debus, Kempensheim. Druck u. Verlag: Thomas-Druckerei und Buchhandlung, G. m. b. H., Kempensheim.

Nummer 273

Donnerstag, den 20. November 1924.

53. Jahrgang

Die Partei des schwankenden Banners.

Dr. von Dryander rechtfertigt seine
Jasager-Politik

§ Die Deutschnationalen haben in unserer Stadt mit einer öffentlichen Versammlung den Wahlkampf eröffnet. Der Versammlungsverlauf bewies eine starke Ablehnung von der deutschnationalen Politik; das bewies die Zusammensetzung der Versammlung, das bewies ebenso eindeutig der klägliche Besuch. Mit halbstündiger Verspätung begann der Redner, der, wie er im Laufe seiner Ausführungen mitteilte, von Mörs herkam, wo kein anderer als der Fraktionsvorsitzende a. D. Hergt eine Wahlrede losgelassen hatte. Geschlagene zwei Stunden lang suchte der Redner die Zuhörer von der Notwendigkeit einer „fruchtbaren nationalen Opposition“ von der Verantwortungs-berettschaft, von der christlich-sozialen Politik nach innen und außen eben seiner Fraktion zu überzeugen. Man hatte den Eindruck, als verjügte der Redner seine Zuhörer als Neulinge auf dem Gebiete der Politik an der Nase herumzuführen, jedenfalls haben die vielfachen Widersprüche, die sich vor allem zwischen seinem Referat und den Antworten an die Diskussionsredner ergaben, nicht den Beweis erbringen können, daß seine Ausführungen richtig gewesen sind, d. h. den Tatsachen entsprechen. Daß das alles unter dem Deckmantel des Christentums geschieht ist zwar sehr „geschickt“ gewesen, vielleicht wäre aber weniger mehr gewesen. Im allgemeinen suchte der Referent seinen Darlegungen dadurch kräftigen Nachdruck zu verleihen, soll heißen: Eindruck zu machen, indem er freundschaftlichst an den Tisch-
reihen vorbeiging — wodurch das Ganze einen echt theatralischen Verputz erhielt. Vetterlein können wir nicht umhin dem Herrn Dr. von Dryander den Vorwurf der Unhöflichkeit zu machen, denn es ist auch politisch gesehen alles andere als anständig, wenn er einen Zwischenrufer mit der Bemerkung abtut, Sie sind ja ein Sozialdemokrat, das kann man Ihnen ansehen. Also nur wer geflüchtet und geschmiegelt aufmarschiert, der ist deutschnational. Man kann diese Entgeißelung aber nur dann verstehen, wenn man bedenkt, daß es nun eben zum Weien des Deutschnationalen gehört, nämlich die Hervorkehrung des Herrenstandpunktes, d. h. die vollständige geistliche Ver-
kennung der Volkspolizei.

Das alles nur nebenher. Zur Sache selber ist zu bemerken, daß auch der Reichstagsabgeordnete Dr. von Dryander sich der Angriffe auf die Person des Reichspräsidenten Ebert nicht enthalten konnte — eben weil der Reichspräsident ein Sozialdemokrat ist. Wenn es also besser werden soll, dann muß ein Deutschnationaler (Bismarck der Jüngere, Schulz-Bronberg, Schlange-Schönning) an die Spitze treten. Vielleicht um so dem Gedanken der Volksgemeinschaft zum Siege zu verhelfen. Wenn also Herr v. Dryander glaubt, der Breslauer Rede des Reichstanzlers entgegen den Reichspräsidenten beschimpfen und herunterzerren zu müssen, so verstehen wir eben nicht, wie man dann noch sagen kann: Kampf der Weimarer Verfassung! Auch die Seitenhiebe auf die Person des Reichstanzlers Marx, die übrigens ja gebührend gewürdigt wurden, seien öffentlich festgestellt. Jedenfalls wird mancher von den Herren Deutschnationalen beim Reichstanzler Marx noch etwas lernen können an Bescheidenheit, an Opfertreue, an ehrlischer Arbeit für das Vaterland, das doch gerade durch die Schuld der Deutschnationalen so elend heruntergekommen ist. Und dann mußte Marx sich vor den Wagen spannen und nun wo man sieht, daß es gelingt nach harter zäher Arbeit, da will man auch über ihn herfallen mit Verunglimpfungen seitens der Deutschnationalen. Das verdient an den Pranger gestellt zu werden. In ehrlischer Entrüstung haben die anwesenden Zentrumsfreunde und viele andere diese Verächtlichkeiten zurückgewiesen.

Daß der Redner im ersten Teile seines Vortrags, in dem er die preußische Koalitionsregierung mehr als einmal einer unschmeichlichen Kritik unterzog, ist an sich nicht wunderbar. Die

Bestrebungen, den preußischen Landtag aufzulösen oder zur Regierungsumbildung sind ja schon älteren Datums — da es nun aber endlich soweit gekommen ist, ist den Deutschnationalen dazu die Zeit recht uneben. Die Angriffe auf die Person des sozialdemokratischen Ministers Severing sind von demselben Redner aus der vorigen Wahlkampagne bekannt; sie erschienen, was die Personalpolitik angeht, nur in wenig verbesserter Neuauflage und konnten wenig erzielen. Es ist klar, daß der Redner es bedauert, daß die Verhältnisse von 1914 und 1924 sich etwas geändert haben. Damals waren die Dinge ja etwas anders. Und da setzte eine recht klägliche Jeremiade ein über die seltsame Zeit der Bismarckschen und Wilhelmischen Ära. Im übrigen ist ja in einer der letzten Sitzungen des preußischen Landtags, nämlich bei der Beratung der Hauszelle, hierüber mehr als genug gesprochen und geschrieben worden.

Zur Politik des Reiches übergehend nahm dann der Redner selbstverständlich eingehend Stellung zu den Abstimmungen über die Dawesgesetze im Reichstage am 29. August. Hier trug dann Herr von Dryander die Rechtfertigungsversuche so dia auf, daß man geneigt sein konnte, ihm beizustimmen. Seine Liebe für das Rheinland, sein christliches Empfinden mußten hierbei sehr stark herhalten. Bekanntlich zählt Dr. v. Dryander zu den 48 Jasagern der Deutschnationalen, die bei der Abstimmung über das Eisenbahngesetz am 29. August, mit Ja gestimmt haben. Wenn dabei Herr v. Dryander Helferrichs Vermächtnis zitiert, so bezeugt das ja im Grunde sehr wenig. Typisch ist aber für Helferrichs Auffassung vom Dawesgutachten folgende Stelle aus seinem Aufsatz: Das zweite Verfallses:

„Der Fluch der Unterzeichnung unerfüllbarer Verpflichtungen und der Fluch der Sünde wider den Geist nationaler Selbstbehauptung hat fünf Jahre lang auf Deutschland gelastet und das deutsche Volk hat an den Rand des Unterganges geführt. Das deutsche Volk ist ohne Rettung verloren, wenn es heute den Fluch von neuem auf sich lädt.“

Am 8. Mai schrieb die „Deutsche Tageszeitung“ in Nr. 108 über die Annahme der Sachverständigen Gutachten:

„Ihre uneingeschränkte und bedingungslose Annahme wäre Selbstmord des deutschen Volkes. Den begehrt aber nur ein Irrenhause oder ein Schwächling.“

Diese Zitate lassen sich nach Belieben vermehren. Noch am 25. August sagte Abg. Hergt in der 23. Sitzung des Reichstages:

„Nein, das Unannehmbar muß aufricht erhalten werden im Interesse des Ansehens Deutschlands und im Interesse der Wahrung des Reichsstandpunktes Deutschlands... So bleibt uns rebus sic stantibus nichts anderes übrig als Ablehnung... Wir sehen im übrigen unbedeutend durch Drohungen, unbedeutend durch Lockungen allem, was eintreten kann, entgegen. Ich möchte ruhig sagen: Hier steht ich, ich kann nicht anders.“

Und dennoch konnte Herr Hergt schon nach vier Tagen anders, wenigstens hinberte er als Fraktionsvorsitzender nicht, daß es ganz anders kam. Die heiße Sucht nach Ministerposten war zu groß, und so kam es denn, daß die Fraktion in ihrer „bewährten Festigkeit“ glänzend auseinanderfiel und dabei: der Herr von Dryander Ja sagte. Schon am Tage dieser Abstimmung schrieb die „Deutschnationale Korrespondenz“:

„Die Voraussetzung für die Zustimmung deutschnationaler Reichstagsabgeordneter war die Zustimmung der Regierungsparteien, daß wir den uns zustehenden Anteil an der Verantwortung für die Durchführung des Londoner Paktes erhalten würden, wenn wir auch an der Verantwortung für seine Annahme unser Teil übernehmen würden. Sinein in der Reichsregierung heißt deshalb unsere erste und nächste Parole...“

Neuestes in drei Zeilen.

Berlin, 19. Nov. Staatssekretär von Trendelenburg wird bis zum Abschluß der Kabinettsverhandlungen in Berlin bleiben. Der Termin der Abreise ist noch unbestimmt.

Berlin, 19. Nov. Die deutsch-schweizerischen Verhandlungen betr. den Abbau der beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen sind durch Unterzeichnung des Vertrags beendet.

London, 19. Nov. Die Pariser Meldungen über die Veröffentlichungen aus dem Tagebuch des vormaligen franz. Volschafters in Rußland erregen hier starke Sensation.

London, 19. Nov. Der Generalsekretär des Bürgerbunds, Drumond, weist hier um die Wirkung des Genfer Protokolls mit den führenden Persönlichkeiten zu besprechen.

Rom, 19. Nov. Die Kammer wird heute die Sitzung wieder aufnehmen und die Budgetberatung fortsetzen. Ebenso nimmt der Senat seine Beratungen wieder auf.

Freiburg (Schwarzwald), 19. Nov. Die Temperatur ist stark gesunken. Es wurden auf dem Feldberg 11 Grad Kälte gemessen. — Wien meldet den ersten Schneefall.

Regio, 19. Nov. Die beiden Mörder, die vor einiger Zeit in schweizerischer Wiese die Engländerin Miss Evans ermordeten, sind zum Tode verurteilt worden.

Unter dem Vorwand der Uebernahme der Mitverantwortung verlangten dann die Deutschnationalen zum Lohn für die Jasageri 4 Ministerposten! — Damit begann die wenig erfreuliche Zeit der Regierungsumbildung, die bekanntlich sehr schlug, und so löste sich denn halb von selbst, halb durch das Zutun des Kanzlers indem er die Auflösungsorder verlas, der Reichstag in Wohlgefallen auf.

Das ist die Politik der Partei des schwankenden Banners: Rin in die Erfüllungspolitik! — Naus aus der Erfüllungspolitik! Herr von Dryander, nicht wahr, so liegen doch die Dinge in Wirklichkeit.

Das Fazit der gestrigen Versammlung, an der sich als Diskussionsredner Dr. Vogt, Dr. Remack und Semmarleßer Steinhauer in ausgezeichnete Weise beteiligten, ist klar und deutlich eine starke Ablehnung von den Deutschnationalen und eine Rückkehr zur Mitte. Das ist die Erscheinung, die naturnotwendig eintreten mußte. Daß es so kommt, ist die sichere Voraussetzung auf den 7. Dezember, das ist aber allein der Vernunftpolitik des Zentrums und der anderen Regierungsparteien zu verdanken. Für uns vom Zentrum ist Marx ein Programm. Wir wählen auch am 7. Dezember die Partei, von der wir die Gewissheit und die Zuversicht haben, daß sie unser Vertrauen rechtfertigt. Jeder echte Deutsche und jeder überzeugte Katholik wählt am 7. Dezember

die Partei der Mitte, das Zentrum.

Die Stellung der Katholiken in unserm Staatswesen.

Die neuzeitliche Entwicklung verrät das Bestreben, die Religion, die Erzieherin der Völker, zu entthronen und durch eine religionsfreie Sittlichkeit zu ersetzen. Die deutschen Gesellschaften für ethische Kultur und Freisinn wirken in diesem Sinne. Hinter diesen Bestrebungen steht zumeist die Anschauung, der Mensch sei ein reines Entwicklungsprodukt in der wissenschaftlichen Sinne und die Menschheit sei unabhängig von einem Schöpfergott und seinen Geboten. Derartige Angriffe, welche die katholische Kirche oft erleiden muß, richten sich meistens gegen die Grundwahrheiten unseres Glaubens.

Im allgemeinen ist auch noch in unserem demokratisch sein wollenen Staate die katholische Kirche überall beengt und in Fesseln gehalten, wogegen die Ungläubigen mehr Bewegungsfreiheit haben. Der Hauptgrund liegt wohl darin, daß die tonangebenden Kreise größtenteils mit der Kirche gebrochen haben

Reichstagsabgeordneter Wieber

spricht am Freitag, abends 8 Uhr im Gesellenhause.

Zentrumsfreunde erscheint in Massen.

und die Presse zu einem großen Teile in kirchenfeindliche Hände liegt. Deshalb müssen wir Katholiken rege werden, wir müssen vor allen Dingen vor den bevorstehenden Wahlen eine ernste Unternehmung darüber anstellen, wie wir in Deutschland gewertet werden. So viel höfliche Ueberhebung, wie man besonders in den letzten Jahren dem kath. Volksteil geboten hat, würde man keinem anderen Volksteil in Deutschland zu bieten gewagt haben.

Den Katholiken gegenüber darf man es. Warum? — Wir sind die Menschen zweiter Klasse, die Mittelalterlichen, die noch in naiver Kindheit Befangenen; wir sind die Reaktionäre, die Haßer des Fortschritts, die Spießer; über uns liegt die Enge des kleinen Städtchens, die Unaufgeklärtheit des Dörfchens, des Bauerlichen. Die anderen sind die modernen Menschen, wir sind die dummen. Jeder Kommissar, der im Morgenjuge mit noch halb verschlafenen Augen die Pflastersteine einer katholischen feindlichen Zeitung liest, fühlt sich uns weit überlegen; der religionsloseste Mensch schwebt erhaben über der Herdenmasse der Gläubigen. Ueberall, wohin er schaut, was „schlecht“ und vornehm, was routinierter und großzügiger, was illustre und elegant ist, — all das ist ungläubig und aufgeklärt, kann nicht mehr gläubig, viel weniger noch katholisch sein. So denken und sprechen sie über uns Katholiken. Das ist der Ton in der uns feindlichen Presse, vom noblen Intelligenzblatt, bis zum polternden Pöbelblatt. Wir sind 1/3 der Nation, aber an Einfluß und in der öffentlichen Meinung sind wir nur ein Zwanzigstel.

Und was das Schlimmste ist! So selbstverständlich die anderen auf uns herabschauen, so selbstverständlich fühlen wir uns als die Kleineren, die Gebildeten, die Bescheideneren, die glücklicher sind, wenn ihnen ein wenig Raum auf deutscher Erde gegönnt wird. Ueberglücklich fühlen wir uns, wenn wir zur Konkurrenz zugelassen werden, wenn man uns gönnt, daselbe zu leisten, wie die anderen.

Und schier vor Seligkeit trunken sind wir, wenn einmal einer der Unfrühen wirklich ehrlich anerkannt wird, und wir fragen uns allen Ernstes im Stillen, ob der noch zu uns gerechnet werden kann. So gewöhnt sind wir, daß die Männer des Einflusses erst ihren Katholizismus ablegen müssen, ehe sie das Prunkgewand der neuen Zeit anziehen dürfen.

Das muß anders werden. Was ist nun zu tun, um einen Umwälzung in dieser Beziehung herbeizuführen? Wir Katholiken müssen uns zunächst auf das Besinnen, was wir sind. Wir dürfen nicht sagen: „Katholisch ist Trumpf“; denn das wäre eine für das deutsche Vaterland unsinnige Kulturforderung. Wir sind und bleiben nur ein Drittel der Nation. Wir dürfen auch keinen konfessionellen Kampf herbeiführen, aber wir dürfen ihm auch nicht ausweichen, wenn er uns von der Unbuddsamkeit der Gegner aufgezwungen wird. Unser Ziel braucht nicht zu sein: eine Durchdringung der deutschen Kultur mit katholischer Lebensauffassung, sondern die Erhaltung katholischen Volkstums in seiner Mitarbeit an dem vaterländischen Schicksal. Unser katholisches Volkstum darf nicht verachtet sein, wir dürfen nicht verlassen und dem Hohn der Anderen ausgesetzt sein. Ihre Eigenart können und sollen wir achten und schätzen, aber wir dürfen unsere Eigenart betonen und hervorheben. Das katholische Volkstum, das noch ewige Lichter in seiner Kirche und Madonnenbilder in seinen Kammern hat, das den Heroismus des Missionars und die Liebe der barmherzigen Schwestern hervorbringt, das noch überirdische Klänge und Ideale kennt in unserer kalten und religionslosen Welt, — dies Volkstum voll Idealismus und Opfermut, voll Staats- und Allgemeinwohl ist für Deutschlands Entwicklung unentbehrlich. Ohne uns wird der Fortschritt zur öden Phrasen, der äußere Erfolg zur inneren Hohlheit, die Kultur zu äußerlichem Oberflächenwesen. Die Zeit des Hastens, des Ringens und des Gegenstrebens bedarf der Harmonie, des Ausgleichs. Sie bedarf der religiösen Idee und Poesie, die kein Volkstum in Deutschland noch so stark in sich trägt uns so treu bewahrt hat wie wir Katholiken.

Darum muß es unser Hauptbestreben sein, tüchtige und überzeugte Männer zu stellen, die katholischen Geist in die staatlichen Einrichtungen leiten. Die Presse, die Lehrämter der Völker, muß in katholischen Händen erhalten bleiben und von qualifizierten Katholiken aufs beste unterstützt werden.

Das wirksamste Mittel ist jedoch, daß wir bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften uns als einheitliche Masse fühlen, ungeachtet aller Berufs- und Standesgegensätze.

Dann werden wir uns die Geltung in unserem Staatswesen verschaffen, die uns nach der Bevölkerungszahl zukommt, dann werden alle Klagen über Inparität und Zurücksetzung verstummen, dann werden wir all das erreichen, worauf wir berechtigten Anspruch haben.

Paragraph 3 des Reichswahlgesetzes
„Wählen darf nur, wer in eine Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.“

Also: Geh die Wählerliste ein!

Laß Euch vor der Wahl nicht durch Schlagworte betören!
Sinn für einen arbeitsfähigen und arbeitswilligen Reichsstaats!

Stärkt die Mitte!
Reichsminister Marg.

Zur Räumung der belgischen Zone.

Wb. London, 17. Nov. In einem Leitartikel schreibt Manchester Guardian, im Januar werde die Räumung der ersten Zone des besetzten Gebietes fällig. Wenn wir den Standpunkt einnehmen, das der Vertrag während der letzten fünf Jahre erfüllt wurde, Poincaré habe jedoch nicht diese Ansicht vertreten und Herriot habe wenigstens erklärt, daß er mit seinem Vorgänger übereinstimme. Manchester Guardian fährt fort: Unsere Regierung wird sich vielleicht der französischen bei der Ausdehnung der Zeitgrenze für einige Monate anschließen. Auf jeden Fall würde die Zurückgabe der ersten Zone vor August, wenn das Ruhrgebiet endgültig von den französischen Truppen geräumt werden soll, diese Truppen isolieren und eine unmögliche Lage schaffen. Aber die allgemeine Frage, wann der Vertrag als in Kraft getreten angesehen werden soll, bleibt bestehen und bevor sie beantwortet ist, wird unsere Haltung gegenüber dem belgischen Gebiet sehr schwierig zu entscheiden sein.

Der Londoner Berichterstatter des Wolffbüros erzählt, daß keinerlei Grund besteht, diese Aeußerung des führenden Blattes als Opposition zur Frage der Räumung der belgischen Zone und als irgendwie von den für die auswärtige Politik verantwortlichen Stellen inspiriert anzusehen. Es wird von maßgebender Seite darauf hingewiesen, daß die Räumungsfrage im Kabinett noch nicht erörtert wurde und daß auch wenig Aussicht dafür bestehe, bevor der Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission vorliegt.

Herriot und der Senat.

Paris, 17. Nov. Der Senatsausschuß für Auswärtiges hielt heute nachmittag in Anwesenheit des Ministerpräsidenten eine Sitzung ab. Der Vorsitzende des Ausschusses erinnerte daran, daß er dem Ministerpräsidenten folgende Fragen vorgelegt habe:

1. Die Durchführung des Dawes-Planes.
2. Die Folgen der Londoner Konferenz hinsichtlich der Pfänder und Sicherheiten Frankreichs.
3. Ueber die Entlohnung Deutschlands und die Tätigkeit der Interalliierten Militärkommission.
4. Ueber das Protokoll von Genf.
5. Ueber die Beziehungen Frankreichs zu England und Rußland.

Diesen Fragen werden im Laufe der heutigen Sitzung einige Mitglieder noch andere hinzufügen, so u. a. über die bolschewistischen Unruhen in Nordafrika und in den anderen französischen Kolonien, über die von Deutschland ausgehenden Industrieobligationen und über eine Anzahl von diplomatischen Schriftstücken, die einerseits Bezug haben auf die französisch-englischen Beziehungen und andererseits auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Vor dem Ausschuß hat sich Ministerpräsident Herriot über diese Fragen in eingehender Weise ausgesprochen.

Du kannst am 7. Dezember nicht wählen, wenn Dein Name in der Wählerliste fehlt. Das Wahlrecht wahrzunehmen, ist aber vor Deinem Gewissen und Deinem Volk und Vaterland gegenüber heilig: Pflicht. Darum überzeuge Dich, ob Du nicht in der Liste vergessen worden bist.

Dr. Jörissens Wahlrede für den Wirtschaftsbund.

Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins.

8. Rempen, 18. Nov. Der Vorsitzende Sie me es eröffnete und begrüßte die Versammlung, die von etwa 100 Teilnehmern besucht war. Herr Dr. Jörissens-Köln erörterte in seinem Vortrage die Lage des Hausbesitzes, wie sie sich durch die Zwangsversteigerung gestaltet habe. Entstanden in der Kriegszeit sollte sie in der Nachkriegszeit wieder aufgehoben werden, wurde jedoch in Wirklichkeit durch die Mißstände der bürgerlichen Parteien erheblich verschärft. In ihr komme der Wille zur Sozialisierung, d. h. zur Zerstörung des Privateigentums und der Privatwirtschaft zum Ausdruck. Insbesondere widerspreche die Tendenz auf ein Volksbegehren in den Wohnungs- und Hausrechtsfragen direkt den 10 Geboten. Die ganze Mieterbewegung bedeute trassierter Volksbetrug, so habe Oberbürgermeister Dr. Widenauer-Köln schon im Jahre 1921 erklärt: „Ich vor anderthalb Jahren agte mir ein Staatsmann, der damals ein Ministerium in Preußen bekleidete, ein Nichtsozialdemokrat, daß er und sein ganzes Ministerium überzeugt seien, daß die ganze Wohnungs- und Mieterpolitik verfehlt sei und zum Ruin führen müsse, und dennoch wage keiner, das heiße Eisen, nämlich den Abbau der Zwangswirtschaft anzufassen. Von der jetzigen Gesetzgebung habe niemand Nutzen. Den Mietern müsse mehr an entsprechendem Lohn gegeben sein als an billiger Miete. Der Staat bringe das gesamte Bauhandwerk zum Erliegen. Die Gewerbetreibenden würden durch diese verfehlte Wohnungs- und Wirtschaftspolitik erdrückt. Den wirklichen Vorteil habe allein das Ausland davon gehabt.“

Insbefondere widerspreche die Zwangswirtschaft dem Gedanken des XIII. der das ersparte Kapital, das Eigentum, ebenso geschützt wissen wollte, wie der Lohn. Auf dem ersparten Lohn, dem Eigentum, beruhete Kultur und Religion. Solange in unserem Staate die Macht vom Volke ausgehe und keine Autorität bestehe, solange wir Deutsche alles andere, nur nicht mehr Gott fürchteten, könne es nicht besser werden. Die bürgerlichen Parteien müßten endlich wieder einmal das Privateigentum schützen, auf das allein Religion und Kultur auf die Dauer sich aufbauen. Der Gedanke, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Friedensmieten nur dem Hausbesitz Nutzen brächten, sei irrig. Die Folge der 10jährigen Zwangswirtschaft sei, daß der Hausbesitzer nicht nur seine Einkünfte aus seinen Ersparnissen gehabt, sondern auch sein Vermögen so gut wie andere verloren habe. Er habe zwar die Sache behalten, aber nicht die Werte. Es sei sehr zu beklagen, daß die Anträge der Hausbesitzervertreter im Reichstag von den bürgerlichen Parteien so wenig unterstützt worden seien. Die Organisationen der Hausbesitzer müßten daher sich auch in diesem Wahlkampfe dafür entscheiden, ihre Interessen selbständig zu vertreten und dafür zu sorgen, daß berufene Leute ihrer Organisationen in die Parlamente hineinkämen.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Kreismedizinalrat Dr. Herbst trat dafür ein, daß die Haus- und Grundbesitzer bei den Wahlen ihre Stimmen für die Wirtschaftspartei abgeben, unbeschadet ihrer sonstigen politischen Stellung. Architekt Ingenieur beleuchtete als Geschäftsführer des Rempen Haus- und Grundbesitzervereins

die Wohnungsverhältnisse unserer Stadt, wie sie sich infolge der Zwangswirtschaft darstellen.

Vor dem Kriege hatte Rempen 7894 Seelen, im Jahre 1923 7950. Für diesen Zuwachs von 56 Personen waren verfügbar gewesen bis zum Jahre 1923 30—40, vor dem Kriege leerstehender Wohnungen, dazu 50 neugebaute Wohnungen, unter denen die 31 in diesem Jahre fertigwerdenden Wohnungen nicht mit eingerechnet sind. Das ergibt rund 85 Wohnungen, die für einen Zuwachs von 425 Personen, die Gami-

lie zu 5 Personen gerechnet, ausreichen. Wenn sich auch natürlich mehr Haushaltungen prozentual gebildet haben, so müßten gleichwohl die Verhältnisse derart sein, daß in Anbetracht des geringen Bevölkerungszuwachses auch das Mehr von Familien hätte untergebracht werden können. Dagegen haben wir zur Zeit über 300 Wohnungsluchende, die ohne Wohnung sind. Die Zubilligung angemessener Mieten würde dazu führen, daß mehr gebaut wird, sobald man sieht, daß das Wohnen auf Kosten anderer Leute sich nicht mehr lohnt, und die Aufhebung der Zwangswirtschaft im ganzen würde überhaupt zu einem Ausgleich in den Wohnungsverhältnissen führen, durch den die ganze Not zweifellos ebenso beseitigt werden würde, wie dies beispielsweise in Berlin hinsichtlich der möblierten Zimmer sich gezeigt hat. Die Freigabe der möblierten Räume hat bewirkt, daß ein erhebliches Mehrangebot und niedrigere Preise eingetreten sind.

Die Versammlung ermächtigte zum Schluß einstimmig den Vorstand, im Sinne der Ausführungen des Redners bei der Stadtverordnetenversammlung anzuregen, daß sich die Stadtverwaltung für die Erhöhung der Mieten und freie Wirtschaft ausspreche.

Wir stellen im Anschluß an diesen Bericht fest, daß unser Bericht über die Wohnungsverhältnisse Rempens in Nr. 259 vom 4. November amtliche Statistiken zur Unterlage hat, und zwar bemerken wir in dem angezogenen Bericht bereits, daß die Statistik über den Stand vom 31. Dezember vor. Jahres bei der Ablage des Geschäftsberichtes dem Stadtrat im März ds. Js. vorgelegt worden ist, zum andern, daß die zweite statistische Aufstellung, allerdings auf unser persönliches Vorstelligen beim Wohnungsamt, uns zugestellt worden ist. Das zahlmäßige Material stützt sich also auf begründete Unterlagen. Soweit sind die Auslassungen in der gestrigen Sitzung der Haus- und Grundbesitzer richtig zu stellen. Allerdings ist es beklagenswert, daß die Stadtverwaltung hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Wohnungsraum und dem Wohnungsluchenden nicht die Klarheit in der Öffentlichkeit werden läßt, die wir sehen, durch den Haus- und Grundbesitzerverein nunmehr geschaffen werden soll.

Fürsorge für die Kriegsbeschädigten.

Aus dem Jahresbericht der Hauptfürsorgestelle.
Wb. Düsseldorf, 16. Nov. Aus dem letzten Jahresbericht der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte ist bemerkenswert, daß zur Zeit in der Rheinprovinz 3861 unverförmte Schwerbeschädigte vorhanden sind, unter denen sich etwa 1000 schwerbeschädigte Eisenbahner befinden, die ihren Arbeitsplatz verloren haben durch den Uebergang der deutschen Eisenbahnen des Reichs des besetzten Gebietes an die Regie. Es besteht Hoffnung, daß bei der Rückübernahme diese Schwerbeschädigten zum Teil wieder auf ihren alten Arbeitsplätzen untergebracht werden können.

Ueber die Kinderfürsorge wird in dem Bericht gesagt, daß 7634 Kriegerkinder im verflossenen Jahre untergebracht wurden, und zwar jedes Kind durchschnittlich 6 Wochen. Es handelt sich hierbei um kranke und erholungsbedürftige Kinder, die in Familien, in Heimen, in Sanatorien, Lungenheilstätten und Erholungsheimen untergebracht wurden.

In Zusammentreffungen waren am 31. 3. 24 154 687 vorhanden gegenüber 139 860 am 1. April 1923. Von den wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen sei erwähnt, daß im letzten Winter den Kriegsoffizieren durch Bevorschussung der Zulassrente 156 119 Rentner Kartoffeln, 148 466 Rentner Steinkohle, 203 919 Rentner Braunkohle und 559 Rentner Holz geliefert wurden. An der Winterhilfsaktion haben 72 396 Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen teilgenommen. Außerdem wurden an Kriegsoffiziere teils geschenktweise, teils darlehensweise durch die Wirtschaftsabteilung der Hauptfürsorgestelle vermittelt: 250 000 Meter Stoff, 20 000 Paar Schuhe und Stiefel, 27 000 Paar Strümpfe, 3500 Anzüge und Mäntel, etwa 800 Mädchenkleider, 50 000 Meter Hemdentuch, 50 000 Meter Wolldecken und Kleiderstoffe, 3000 wollene Schlafdecken, 2000 Kilo Seife und anderes. Der Bericht schließt mit der Hoffnung, daß es auch dem Landesfürsorgeverband in Zukunft möglich sein möge, die bisher von der Hauptfürsorgestelle durchgeführte segensreiche Tätigkeit zugunsten der rheinischen Kriegsoffiziere fortzuführen.

Ministerposten her!

In der deutschen „Deutschen Zeitung“ schrieb Heinrich Claf am 2. November: „Man weiß, eine wie große Rolle bei den Ueberlegungen der deutschen Reichstagsfraktion wegen ihrer Stellungnahme zu dem Dawes-Gutachten der Wunsch gespielt hat, Vertreter der eigenen Partei in die Regierung einzutreten zu sehen.“

Denk daran!
Die große deutsche Politik kann nicht geführt werden unter dem Gesichtspunkte, wieviel Ministerposten bekommen wir!
Tretet am 7. Dezember ein für die Mitte!
Wählt Zentrum!

Die Neuordnung der sozialen Kriegsbeschädigten- u. Hinterbliebenenfürsorge

Wb. Düsseldorf, 16. Nov. Die Reichsverordnung über Fürsorgepflicht und die dazu ergangene Preuß. Ausführungsverordnung haben die bisherige Organisation und Lastenverteilung in der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge grundförmig geändert. Die Aufgaben der bisherigen Fürsorgestellen und der Hauptfürsorgestelle der Rheinprovinz sind durch die Preuß. Ausführungsverordnung dem Bezirksfürsorgeverbänden und dem Landesfürsorgeverband übertragen worden. Der Landesfürsorgeverband wird in Zukunft mit Einzelstellen der sozialen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge wohl kaum befaßt werden, weil er endgültig fürsorgeverpflichtet nur für diejenigen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ist, die keinen gewöhnlichen Aufenthaltsort haben. Dagegen verbleiben dem Landesfürsorgeverband als Rechtsnachfolger der früheren Hauptfürsorgestelle die Aufstellung von Grundfähn und Richtlinien für die Durchführung der Kriegsbeschädigten-

Merjore, die Begulachung von Anträgen auf Kapitalabfindung und Beamtenheim, die Vergabe von Einzeldarlehen, die Zahlung der Zusatzrentenmittel an die Bezirksfürsorgeverbände und die Durchführung des Schwerbeschäftigtengesetzes. Außerdem hält es die Preuß. Ausführungsverordnung für wirtschaftswert, wenn die Landesfürsorgeverbände die Wirtschaftsstellen und die Entsendung kranker und erholungsbedürftiger Kriegerkinder weiter durchführen.

Mitbestimmung und Beisitzerrecht der Kriegssopfer sind in Preußen anders geregelt worden als bisher. Zur Mitwirkung bei der Aufstellung von Grundrissen und Richtlinien für die Durchführung der Fürsorge und bei Entscheidungen über Einsprüche bzw. Beschwerden gegen Fürsorgemaßnahmen ist ein Beirat hinzuzufügen, dem mindestens zwei Vertreter von Kriegssopfern angehören. Der Einspruch eines Beschädigten oder eines Hinterbliebenen ist vorläufig bei der Stelle anzubringen, die die Entscheidung gefällt hat. Bei Zurückweisung ist Beschwerde zulässig beim Kreisaußschuß bzw. beim Bezirksaußschuß. Der Landesfürsorgeverband kommt als Beschwerdeinstanz im allgemeinen nicht mehr in Frage.

Die Mittel für die Durchführung der sozialen Fürsorge müssen in Zukunft ganz allgemein von den Gemeinden und Gemeindeverbänden aufgebracht werden. Auch dem Provinzialverband erwachsen durch die Neuordnung Mehrausgaben. Der Provinzialaußschuß hat in seiner letzten Sitzung beschloffen, diese Mehrkosten zu übernehmen.

Aus dem Kreise Rempen.

Seht die Wählerlisten nach!

Die Listen für die Reichs- und Landtagswahl liegen vom 15. November bis 22. November 1924 im Rathaus, Zimmer 6, in den bekannten Amtsstunden zu jedermanns Einsicht offen. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche beiderlei Geschlechts, der bis zum 7. Dezember das 20. Lebensjahr vollendet hat. Seht die Wählerlisten nach! Bei jeder Wahl muß die Erfahrung gemacht werden, daß Wahlberechtigte irrtümlich nicht in der Liste enthalten sind. Darum erwacht Verärgerung und schließlich auch Verlust an Stimmen. Niemand hat das Recht, am Wahltag über das Fehlen seines Namens auf die Beamten, die mit der Aufstellung der Wählerlisten betraut sind, zu schimpfen, wenn er diesen Aufruf gelesen hat und verstanden, die Liste zu prüfen. Also, seht die Wählerlisten nach. Wer am Wahltag nicht in der Liste steht, trägt selbst die Schuld.

Rempen, 18. Nov. Die Ehrenurkunde der Industrie- und Handelskammer zu Arefeld für 25jährige treue, ununterbrochene Dienste wurde Herrn Conrad Schepers, Steinbruder von hier bei der Firma Ferd. Wefers u. F. Audiger, m. b. H., Rempen, verliehen.

Rempen, 20. Nov. Die Witwe Mathias Horster, die Mutter des verstorbenen Polizei-Sergeanten Horster vollendet heute in körperlicher und geistiger Frische ihr 95. Lebensjahr. Sie ist wohl die älteste Person der Stadt. Wir möchten nicht verfehlen, der hochbetagten Jubilarin unseren allerherzlichsten Glückwunsch auszusprechen.

Rempen, 19. Nov. In den Morgenstunden des heutigen Feiertages war das erste Glätteis zu verzeichnen, das auf einen Umwälzung der Temperatur hindeutet. Die Kirchgänger hatten ihre liebe Not, besonders ängstlich waren die älteren Leute, da fast nirgendwo Asche oder Sand gestreut war. Wir nehmen schon heute Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die Eigentümer des betreffenden Grundstücks oder der Bewohner eines Hauses, vor dem sich ein Unglück zuträgt, das durch die Nichtbeachtung dieser Bestimmungen verschuldet wurde, gesetzlich verantwortlich ist.

Rempen, 18. Nov. Der gestrige Bericht über die Arbeiterkonferenz in Lohberich, den wir einer auswärtigen Zeitung entnahmen, ist dahin zu berichtigen, daß Herr Kürten eine Gewährung von Sonderzulagen wie Gas, Kartoffeln usw. als ungesetzlich bezeichnete, daß jedoch nach Ansicht der Fachkreise die folgenden Unterstützungssätze erhöht werden müssen. Dann würden die Verurteilungen auf andere Gemeinden, die Sonderzulagen zahlten, wegfallen.

St. Tönis, 18. Nov. Heute Donnerstag, abends 7.30 Uhr findet im Lokale Rigen (Kirchplatz) ein Vortragsabend des Jungzentrumsbundes St. Tönis statt. Dr. Vogt wird damit eine Reihe von Vorträgen eröffnen, um die Jugend in Staatspolitik und Staatsbürgerkunde einzuführen. Alle Mitglieder sind freundlichst eingeladen.

Debt, 17. Nov. Die hiesige Jungfrauen-Kongregation veranstaltete am vergangenen Sonntag im Saale des Gasthofs Bennetel einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangte das fünfaktige Schauspiel: *Die Geizhalsen*, das die Spieler verdienen für die charakteristische Wiedergabe ihrer Rollen volles Lob. Besonders die Hauptrollen lagen in guten Händen. Auch der Einzelreigen in der Baldbühne fand verdienten Beifall. Der Tanzbar in der Geizhalsengruppe erregte durch seinen drolligen Kapriolen und seine echt bärenmäßige Ausstattung und Pantomimen allgemeine Heiterkeit. Pfarrer Wellen richtete vor der Aufführung herzlichste Begrüßungsworte an die Anwesenden, während die Gefangenschaft ein Chorlied vortrug. Die Gefänge begleitete Herr Dr. Ganist Hübbers.

Süchteln, 17. Nov. Gestern nachmittag wurde in der Sektion Dornbusch das erste Stiftungsfest der neugegründeten Freiwilligen Feuerwehr gefeiert und die neuangehobene Brandprize ihrer Bestimmung übergeben. Für den von der Stadt weitabgelegenen ländlichen Bezirk war die Errichtung einer Wehr dringend notwendig.

Süchteln, 18. Nov. Nach mehr als 20jähriger Untätigkeit legte der Buchdruckermeister Joseph Thelen seinen Posten als Vorsitzender der Allg. Ortskrankenkasse Süchteln nieder.

Süchteln, 18. Nov. Der Maler und Anstreicher Adolf Reetig hat am 13. November vor der Handwerkskammer in Düsseldorf die Meisterprüfung mit dem Prädikat „Gut“ bestanden.

Aus dem Kreise, 18. Nov. Aufruf der alten Billionenscheine in Sicht! Der Neudruck der Reichsmarktscheine ist im Gange. Nach der nunmehr erfolgten Konstituierung der neuen

Reichsbank u. der gesicherten Unterbringung der 800-Millionen-Anleihe ist auch schon der Termin für den Aufruf der alten Billionenscheine in Aussicht genommen. Der Aufruf dürfte in der ersten Dezemberhälfte erfolgen. Die Verteilung der neuen Reichsbanknoten, die in Werten zu 1000, 100, 50, 20 und 10 Reichsmark hergestellt werden, soll schon Ende November an die einzelnen Bezirke erfolgen. Die Rentenmarktscheine von insgesamt 1800 Millionen dürften nicht so schnell aus dem Verkehr verschwinden, da ihre Ausschüttung von verschiedenen Vorbedingungen, namentlich von der fortwährenden Amortisierung der Reichsschulden bei der Rentenbank usw., abhängig ist. — Gefordert davon geht die Ausprägung von Münzgold in beschleunigtem Tempo weiter.

Hinsbed, 17. Nov. Der Theaterverein „Fidelio“ führte im Saale des Gasthofs Hartogs gestern abend das Schauspiel „Die Ribelungen“ auf. Die Mitwirkenden verstanden es sich in ihre Rollen hineinzuleben, so daß der aus dem Schatze der deutschen Mythologie geschöpfte Inhalt der Handlung des Schauspiels in wohlgeklungener Weise zur szenischen Darstellung gelangte. Angenehm empfunden wurden die Darbietungen des Orchesters, das während der Pausen durch seine musikalischen Gaben das Publikum unterhält und den Gesangsteil der Theateraufführung begleitet.

Unsere christlichen Frauen wollen

nicht Haß, sondern Verständigung und Frieden; nicht Klassenkampf, sondern Ausgleich der Gegensätze und soziale Reformen; nicht Entfremdung des öffentlichen Lebens, sondern seine Durchdringung mit den Grundgedanken des Christentums; nicht Gefährdung der christlichen Erziehung, sondern die Sicherung der christlichen Schule.

Frauen, eure Partei ist das Zentrum!

Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei.

Im Saale der Königsburg sprach am Dienstagabend vor sehr mäßig besetztem Hause Syndikus Dr. Lutsch aus Hamburg über Ziel und Weg der deutschen Volkspartei, indem er zunächst eingehend auf den Wahlaufbau der Partei einging, wie ihn vor wenigen Tagen der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei ins Licht stellte. Der Redner gab zunächst einen Überblick über die bisherige Politik, die eine Realpolitik gewesen sei im durchaus nationalen Sinne. Es handelte in diesem Zusammenhang die Annahme der Annahme der Londoner Abmachungen in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Schwierigkeit der Währung, die Behandlung der Kriegsschuldfrage, die Herabsetzung Amerikas in den europäischen Staatssystem, die 800 Millionen-Anleihe. Die dem deutschen Volke durch die Annahme des Londoner Pakts überantworteten Lasten können nur getragen werden einmal durch intensive Arbeit und durch erhöhte Sparsamkeit, besonders auch in Reich, Staat und Gemeinde. Das deutsche Volk könne nicht an dem Begriff Arbeit vorbeigehen, es müsse die Höchstleistung der Produktion in Menge und Güte herausgeholt werden. Die Handelsvertragsverhandlungen müßten unbedingt im Sinne einer Restbegünstigung für Deutschland geführt werden. Zu der deutschen Reparationsanleihe sagte der Redner u. a., daß die ausländischen Zeichner ein außerordentliches Interesse daran haben, daß diese Werte auch erhalten bleiben und daß sie bezüglich ihrer außerpolitischen Einstellung zu uns in kommenden Zeit sich mehr für uns interessieren werden, als das bisher der Fall sein können. Zu den spezifisch innenpolitischen Fragen gehörte die Übernahme der Mitverantwortung auch hinsichtlich der besetzten Gebiete, die die Deutschenationalen zu tragen nicht gewagt haben, sondern durch die teilweise Ablehnung des Eisenbahngesetzes ihre Interessen in besetzten Gebieten den erforderlichen Einfluß nicht durchsetzen konnten. Das deutsche Volk habe zukünftig außerordentlich große Lasten zu tragen, sowohl innere wie außenpolitisch.

Hier ging der Redner auf den 2. Kernpunkt seines Referats ein: die Frage, wie kann der Staat, der in Zukunft diese außenpolitischen Fragen alle lösen soll, im Innern so gestärkt und gestützt werden, daß er hierzu in der Lage ist. Er kam dabei auf die Staatshoheit zu sprechen, die 1923 von Thüringen und Sachsen aus gestützt werden soll. Die Staatshoheit ist das Fundament, auf dem allein die deutsche Politik sich aufbauen kann, an ihr rütteln hieße sich selbst das Grab schaufeln. Wirtschaft und Politik sind Deutschlands untrennbares Schicksal. Am Wiederaufbau von Staat und Reich können wir der kulturellen und sittlichen Werte nicht ermangeln. Der Redner kam auch auf die Personalpolitik des preussischen Innenministers zu sprechen, die er scharfer Kritik unterzog. Anstelle des parteimäßigen müsse ein Berufsbeamtentum treten. Die Frage der Aufwertung sei eine allgemeine geworden, sie ist eine Frage des Rechts. Er verlangte eine höchstmögliche Aufwertung von einem angemessenen Datum an, weiter eine entsprechende Verzinsung aller Verpflichtungen, die Reich und Staat dem Volke gegenüber haben. „Eine volle Aufwertung kann nicht in Frage kommen, das wäre Vernichtung des Mittelstandes und der Gewerbetätigen.“

Zur Frage des Steuerwesens und der Möglichkeit einer Verringerung in dieser Richtung betonte der Redner, daß ein großer Schritt zur Umkehr, zur Vereinfachung und Vereinfachung des Steuerapparates wird getan werden müssen. Damit müsse eine Herabsetzung der Steuerlasten Hand in Hand gehen. „Reich und Staat haben es im Laufe der Jahre noch nicht vermocht, den Haushalt so in Ordnung zu bringen, daß Ausgabe und Einnahme sich wieder im richtigen Verhältnis gegenüberstehen.“ Zu den Abwägungen bemerkte Dr. Lutsch, daß dieselben im engsten Zusammenhang mit der Lösung des Finanzproblems stünden, die bisher noch nicht erzielt worden sei. Er

legte dar, welche Maßnahmen ergriffen, und wodurch sie bedingt seien. Es sei noch nicht gelungen, beides in ein richtiges Verhältnis zu bringen und einen Ausgleich zu schaffen zwischen der Währungsstabilisierung und der Preisentlastungsaktion. Der Redner ging dann kurz auf andere Notverordnungen ein, besonders auf die unter Ausschluß des Parlaments regierungsseitig erlassenen Zwangsverordnungen. Er verlangte die Möglichkeit der freien Entwicklung. Zur Wohnungswirtschaft erklärte er, daß diese falsch sei, da sie die vollständige Vornahme der Bautätigkeit zur Folge gehabt habe. Die Entwicklung des deutschen Handwerkerstandes hänge von der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt ab.

Zum Schluß ging der Redner auf die bekannten parteipolitischen Vorgänge, auf die Parteikonstellation, die Auflösung des Reichstages und die Schuldfrage näher ein. Er versuchte den Nachweis zu erbringen, daß der „linke Zentrumsflügel“ (übrigens ein abgetaner irrationaler Begriff) die Reichstagsauflösung verschuldet habe, weil sie durch ihren starken Einfluß das übrige Zentrum von einer Regierungsverbreitung nach rechts abgehalten habe. Der Redner schloß mit einem Appell an Verantwortlichkeit, Gerechtigkeit und Einigkeit durch Recht, durch Wahrheit zur Freiheit.

In der Diskussion wandte sich Seminarlehrer Steinhauer unter vollster Würdigung der ruhigen und im allgemeinen sehr schlichten Ausführungen des Redners gegen den Vorwurf, als habe ein Teil des Zentrums die Auflösung des Reichstages herbeigeführt. Er ging dabei kurz auf die tatsächlichen Verhältnisse ein und stand nicht an zuzugeben, daß in Zentrumskreisen lebhafteste Bedenken sachlicher Art gegen die Entscheidung der Deutschenationalen bestanden, da bei diesen eine eindeutige klare Stellung vornehmlich zum außenpolitischen Kurs des Kabinetts Marx-Stresemann hinsichtlich der besetzten Gebiete und der mannhaften Ehrlichkeit der Durchführung des Dawesgesetzes ermangelt wurde. Allein diese aus der Vergangenheit berechtigten Bedenken veranlaßten einige Zentrumsabgeordnete zu einer ablehnenden Stellung bei der Abstimmung nach rechts, also Momente echt nationaler Art, getragen vom ehelichen Bewußtsein der damit übernommenen Verantwortung.

Mit einem Schlußwort des Redners nahm die Versammlung, die sich sehr wohlklingend von der der Deutschenationalen abhob, gegen 11 Uhr ihr Ende.

Nicht nur für einzelne Klassen, Stände oder Berufe, sondern für das gesamte Volk wollen wir politisch denken und tätig sein. Nicht was uns trennt, wollen wir in den Vordergrund stellen, sondern was uns eint und stark macht, um wieder zu früherem Wohlstand und Blüte zu gelangen.

Reichstagskanzler Marx in Münster.

Briefkasten der Schriftleitung.

P. D. Am 28. März 1922 stand der Dollarkurs auf 339.

Neueste Nachrichten.

England und das Genfer Protokoll.

Genf, 20. Nov. (Eig. Draht.) Durch eine Pariser Havasmeldung wurde heute bekannt, daß die englische Regierung darum ersucht habe, die Frage des Genfer Protokolls und der Abrüstungskonferenz von der Tagung der am 8. Dezember in Rom stattfindenden Ratsagung abzusehen. Dieses Ersuchen der englischen Regierung wird vom Völkerbundsekretär sofort den Ratsmitgliedern zugestellt. Man zweifelt nicht daran, daß der Rat ihm Folge leistet und beschließen wird, die Verhandlung der sich aus dem Protokoll ergebenden Fragen zu vertagen. Uebrigens brachte der Besuch, den der Generalsekretär des Völkerbunds in den letzten Tagen der englischen Regierung abstattete, wie man hört, volle Klarheit darüber, daß die englische Regierung gegen jede überstürzte Behandlung der Protokoll-Frage ist und daß jedenfalls, selbst wenn noch irgendwelche Ratifizierungen ohne Vorbereitungen erfolgen würden, das Protokoll nochmals vor die nächste Völkerbundsversammlung gelangen muß.

Wie Reuter erfährt, dürfte das von der britischen Regierung an den Völkerbund gerichtete Ersuchen, daß das Genfer Protokoll nicht erörtert werden soll, keinesfalls so ausgelegt werden, daß damit das Protokoll aufgehoben werde. Der Premierminister und der Staatssekretär des Innern haben nur dringend gewünscht, mehr Zeit zu haben, als ihm bis zum 8. Dezember, dem Tage des Zusammentritts des Völkerbundsrats zur Verfügung stehen würde, um die ganze Frage in der Beratung mit den Dominions endgültig zu erledigen. Es besteht kein Wunsch, den vorliegenden Plan beiseite zu schieben. Wie die endgültige Entscheidung ausfallen werde, stehe natürlich noch dahin, aber man sei allgemein der Auffassung, daß die ganze Zeit bis zum 8. Dezember nicht ausreichende Gelegenheit biete, diesen so wichtigen Gegenstand auf das sorgfältigste zu prüfen.

Warschau, 19. Nov. Der Präsident der Republik vollzog gestern in den Abendstunden die Ernennung der neuerufenen Minister.

München, 19. Nov. Unter Vorsitz des staatlichen Schlichters finden gegenwärtig in der Frage der Lohnbewegung der bayerischen Kohlenbergarbeiter Verhandlungen statt, die sich wegen der beherrschenden Lage der Arbeiter im bayerischen Kohlenbergbau sehr schwierig gestalten.

Der Schwan und das blaue Band sind die äußeren Kennzeichen der neuen Feinst-Margarine „Schwan im Blandband“, die mit Recht als Butterersatz von unerreichter Güte empfohlen wird. Von Holland, wo man auf dem Gebiete der Margarine-Erzeugung schon längst Triumphe feierte, hat sie ihren Siegeszug nach Deutschland genommen und auch hier einen Erfolg auf den anderen geholt. Unerreicht in Qualität und mächtig im Preis — dies sind ihre besonderen Merkmale!

Zentrumspartei Rempen.

Freitag, den 21. Nov. 1924, abends 8 Uhr
im Gesellenhaus:

Grosse öffentliche Wähler-Versammlung

Kein Mann, keine Frau
darf fehlen!

Redner:
Verbandsvorsitzender
Franz Wieber-Duisburg.

— Eintritt 20 Pfg. —



Empfehle für
Donnerst. u. Freitag
frische holl. Schellfisch

frische Seemuscheln

Süße Koh-Öler

Moniten-Bratbündel

Bratheringe

Kollmühle

Prima

Eingelegte Serringe

Ferner empf. hie ich

alle Sorten Käse wie

Limburger, Camembert

Holl. u. Schweizerkäse

Wwe. J. Kennard,

36 Rempen, 36

— Telefon 432. —

(Bestellungen werden in
Rempen und Umgebung
franko Haus geliefert.)

Eine Verpackung

Ein Preis

50



Sie können sich nicht irren. „Schwan im Blaубand“
ist nur in einer Packung zu haben und wird in jedem
Laden zum gleichen Preise von 50 Pfennig das Halb-
pfund verkauft. Es besteht also keine Schwierigkeit,
beim Einkauf gleich das Beste zu wählen. Die
Feinkostmargarine „Schwan im Blaубand“ stellt das
Ideal dar, nicht nur wegen der hygienischen Her-
stellung, sondern auch durch unser Kirschenverfahren.
Urteilen Sie selbst durch einen Versuch!

Schwan im Blaубand

frisch
gekirnt

Gebrauche

Ata

- und im Haus
sieht's stets bei dir wie Sonn-
tag aus!

(ATA MENKEL'S PUTZ- UND SCHEUERMITTEL)



Für Donnerstag und Freitag
holl. Schellfisch

gewässerten Stodfisch,
sowie süße Kohbündel,

frische Seemuscheln

und eingelegte Serringe.

M. Winkelmolen,

Rempen-Nh., Engerstraße 35.

1 neue Bettstelle m. Matraze
1 gebrauchte Bettstelle mit
Matraze, 2 Schlaf.

1 Ofen gebraucht für Wert-
statt usw.

Grasmäher und Diverses
zu verkaufen,

auch bei Gegenleistung.

Näheres Crefeld, Friedhofplatz 9

Angehende

Verkäuferin

gehört.

Konsum-Verein Rempen

Kleinerer Raum,

„Büchlein in Stadtmitte gelegen,
als Werkstatt geeignet,
gegen gute Vergütung sofort
zu mieten gesucht.“

Angebote unter Nr. 1320 an
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche zum baldigen Eintritt

einen älteren landwirtschaftl.

Arbeiter

der sämtliche Arbeiten versteht.

Barthelhof b. Bork.



Empf. hie wieder jede Woche
frische Seefische

ferner

Rotzungen und Schollen

und prima Salz-

und eingelegte Serringe.

P. Krabber & Co.,

Koch. 3. Felder, Rempen-Nh.

Telefon 165.

Verkaufsstelle ver-ebt nach
jedem Ort

Näheres gegen Rückporto.

H. Gollter Breslau E 1394.

3. u. Auslandsdeutsche

suchen verlässliche

Grundbesitz

Wohn- und Geschäftshäuser, Fab-
riken, Gasthöfe, Mühlen, Läden,
Güter usw. erst. auch ohne Wohn-
ung bei Barzahlung. Nur Re-
sultate u. erst. Hypothek-
und Kapitalgehalte an

Ernst Rosenburg, Hamburg 24.

Wohnhaus

mit Garten

und Schmiedewerkstatt

gelegen im Kreise Gellern

zu vermieten.

Zuschriften unter Nr. 116 an
die Geschäftsstelle ds. Bl.

Nachtwächter

gesucht.

Joh. Kublendorf,

St. Hubert.

Vorstellung: Samstag morgen

im Betrieb St. Hubert.

Billig!

Salzheringe holl. Stüd 10 Pfg.

12 Stüd Mt. 1.

eingelegte Serringe Stüd. 15 Pfg.

Serringe in Wein-Büchsen Mt. 1.

ferner Bismarckringe

Kollmops - Bratheringe

Kronleuchten - Serringe in Gelsen

Bratheringe in Mayonnaise

Filethringe in Mayonnaise

Carotten in Gläser

Delikatessen in Büchsen

Sal in Gelsen - Krabben

Salm - Hummer - Langusten

Salz in Scheiben usw.

Moll's Lebensmittel-
Geschäfte

St. Hubert, Rempen, Wachtendonk

Fahrräder

mit Freilauf auf Teilzahlung,
ohne Preisanschlag, abzugeben.

Damenrad Mt. 105 -

Sherman 35 - Mt.

Bei einer Anzahlung von Mt.

15 - 20 und einer wöchentlichen

Rate von 5 Mt. wird das Fahr-
rad sofort ausgehändigt.

Erst- und Zubehörsätze für alle

Fahrräder, sowie alle Sorten

Fahrradlampen. - Reparaturen

an Fahrrädern und elektr. Fahr-
radlampen werden schnell und

billig ausgeführt. - Zu Weihn-
achten erhalten Sie Gramo-
phone, Nähmaschinen u. herbe,
echte Markenfabrikate, in den
modernsten Ausführungen zu
äußerst günstigen Zahlungsbe-
dingungen. Bei Barzahlung
10 Prozent Rabatt.

Joh. Wilt. S. Klein

Motor- und Fahrradher-
steller, Crefeld, Hanfahaus.

Für den Nikolaus-Tisch

finden Sie bei uns passende und preiswerte Geschenke wie:

Bilder-Bücher, Märchen-Bücher, Erzählungs-Bücher.

Für Jung und Alt

Gesellschaftsspiele aller Art

(Halma, Mühle, Gänsepiel, Domino, Märchen-Lotto, Bilder-Lotto usw.)

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster.

Thomas-Buchhandlung Kempen-Rhein.

Aloysius-Verein Kempen.

Sonntag, den 23. November, abends 6 Uhr

im Gesellenhaus:

Familienabend

Aufführung des indischen Missionsspiels:

„Der Lichtprinz von Travankor.“

— Eintritt 50 Pfg. —

— Schulkinder haben keinen Zutritt. —

Bekanntmachung der Gemeinde St. Hubert

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird

auf Grund der §§ 18 und 19. des Reichsviehseuchengesetzes

vom 23. Juni 1909 folgendes angeordnet:

Ueber die Ortsteile Sandheide-Gelsen, Orbroich, Schantes-
und Scheffelschulte, Niep sowie Boesch wird die Sperrung verhängt.
Die Aus- und Einfuhr von Klauenvieh aus den Sperr-
bezirken bezw. in denselben ist verboten. Die Ausfuhr von
Schlachtvieh zum Zwecke sofortiger Abchlachtung kann durch
die Ortspolizeibehörde genehmigt werden.
St. Hubert, den 17. Nov. 1924. Bürgermeister Sauvageot.

Aus der Vorgeschichte des Weltkrieges.

Der frühere französische Botschafter in Petersburg, Georges Louis, der 1913 auf Wunsch Jzowskis seinen Posten räumte, mußte, veröffentlichte jetzt in der Pariser Zeitschrift „Europe“ seine Memoiren, die interessante Streiflichter auf die Vorgeschichte des Weltkrieges werfen, insbesondere auch auf die verhängnisvolle Rolle, die Jzowski und Tittoni gespielt haben. Das „Deutsche“ ist in der Lage, schon jetzt einige Dokumente aus diesen Memoiren zu veröffentlichen.

Von ganz besonderem Interesse ist das erste dieser Dokumente, weil es zeigt, welche materiellen Beweggründe letzten Endes Jzowski geleitet haben. Danach hatte am 21. Mai 1912 Louis mit dem damaligen Minister des Äußeren, Bichon, eine Unterredung. Louis sprach seine Verwunderung darüber aus, daß trotz der angeblichen Anerkennung, die Bichon seiner Tätigkeit zollte, er seine Demission verlangt habe. Bichon erwiderte: Die Haltung Jzowskis war so seltsam, daß man hierin die Aufführung suchen müsse. Louis sagte, man spreche davon, daß Tittoni Jzowski seine Schuld bezahlt habe. Das habe ihn daran erinnert, daß ein Freund von Edvard Grey zu Clemenceau, als er Ministerpräsident war, sagte: Wenn Sie sich nicht über Jzowski, das werden wir schon arrangieren. „Ich habe damals angenommen, daß man auf Jzowski finanziell einwirken könne. Das sei im Oktober 1908 gewesen, als Jzowski nach London gereist sei. Bichon habe dann hinzugefügt, daß Tittoni durch derartige Mittel Jzowski in Fängen habe.

Das zweite Dokument bezieht sich auf eine Unterredung, die Louis damals mit dem französischen Botschafter in Berlin, Jules Cambon, hatte. Das Dokument trägt das Datum vom 1. November 1914. Cambon habe gesagt: Kaiser Wilhelm sagte am 1. Januar 1912 (also nach dem Marokkoeffizien) zu mir: Man macht uns unser Abkommen zum Vorwurf, aber in sechs Monaten wird man uns Denkmäler errichten, daß wir es abgeschlossen und einen Krieg vermieden haben. Beachten Sie, habe Cambon hinzugefügt, das Datum vom 1. Januar 1912. Das war das letzte Mal, daß der Kaiser mir in vertrauensvollem Ton von der Zukunft gesprochen hat. Poincaré war noch nicht Präsident der Republik. 1913 sprach der Kaiser dann anders zu mir. Der Kaiser sagte: Ich habe alles getan, um zu guten Beziehungen zu gelangen. Aber das ist zu Ende. Das sei das erste Mal gewesen, daß er in diesem Ton mit ihm (Cambon) gesprochen habe. Aber er habe es nicht nach Paris berichtet. Dann sei eine Warnung gekommen, die der belgische König ihm von Botterdam: aus habe zukommen lassen. Jules Cambon sagte wörtlich: Poincaré ist zum Teil am Kriege schuld. Botschafter Louis habe hinzugefügt: Jzowski, mit Jzowski. Cambon fragte hierauf: Konnte der Krieg verhindert werden? Louis antwortete: Nicht Ende Juli. Aber wir hätten ihn vermieden, wenn 1912 unsere Regierung in anderen Händen gelegen hätte. Poincaré hat sich zum Instrument Jzowskis gemacht. Dieser, der gemeinsame Sache mit Tittoni machte, hat den tripolitanischen Krieg entfesselt, damit den Balkankrieg und den jetzigen Krieg.

Die dritte Veröffentlichung betrifft eine Unterredung, die Bichon am 14. Januar 1915 mit Louis hatte. Bichon rief aus: Wenn Sie in Petersburg geblieben wären und ich Minister des Äußeren gewesen wäre, so hätten wir keinen Krieg bekommen. Louis erwiderte: Gewiß, wenn Sie am Quai d'Orsay und Jzowski im Elisee gewesen wären, wäre der Krieg nicht ausgebrochen. Bichon sagte darauf: Dutasta, dessen intime Beziehungen zu Clemenceau man kennt, der vor vierzehn Tagen in Petersburg war, hat das auch Cassanow gesagt. Dieser habe geantwortet: Vielleicht wirklich. Im weiteren Verlauf der Unterredung sagte Bichon: Die beiden Botschafter, die ihnen folgten, waren sehr gefährlich, besonders Paleologue, aber auch Delcassé. Paleologue trieb die Russen

zum Krieg. Worauf Louis erwiderte: Das sieht man aus dem englischen Weibbuch. Der englische Botschafter, der seine Regierung sehr gut unterrichtete, gibt das klar zu verstehen. Worauf Bichon erwiderte: Auch Delcassé hat zum Ausbruch des Krieges dadurch beigetragen, daß er die Russen gegen Deutschland aufhetzte. Die Engländer beklagten sich darüber. Hierauf erklärte Louis: Die Präsidentschaft Poincarés war verhängnisvoll. Bichon fügte hinzu: Seine Tätigkeit am Quai d'Orsay ebenfalls.

Deutschland und Rußland.

Die Handelsvertragsverhandlungen.

Die Eröffnungsfeier der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen fand am Samstag in Moskau im Konferenzsaal des Außenkommissariats statt. Den Vorsitz führte Volkskommissar Krasin. Anwesend waren außer der gesamten deutschen und russischen Delegation der deutsche Botschafter, Graf Brodorsky-Rankau, und der stellvertretende Volkskommissar für Auswärtiges, Litwinoff. Krasin eröffnete die Sitzung mit einer längeren Rede, worin er auf die gemeinsamen Interessen der beiden Länder hinwies und die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion in Beziehung auf den Wirtschaftsverkehr mit Deutschland ausführlich schilderte. Krasin betonte, daß die Sowjetregierung an dem Grundgedanken der Aufhebung des Handelsmonopols als der wesentlichsten Stütze des politischen und wirtschaftlichen Systems der Sowjetunion unentwegt festhalte.

In seiner Erwiderung betonte Graf Brodorsky-Rankau: Das deutsche Volk weiß, was ihm der in Freundschaft freigehaltene Weg nach dem Osten bedeutet und ist entschlossen, ihn zu betreten, nicht als Vorkämpfer und nicht als Einbringling, sondern als aufrichtiger Freund, um gemeinsam mit den Völkern der Sowjetunion aufzubauen, was durch den Krieg zerstört wurde. Wenn Rußland Deutschland hilft und Deutschland Rußland unterstützt, so bedeutet das Selbsthilfe. Die beginnenden Verhandlungen sind eine wichtige Etappe auf dem Wege dieses Ziel zu erreichen. Entschlossen, unter gegenseitiger Achtung der berechtigten Interessen des anderen Teiles zu verhandeln in der klaren Erkenntnis, daß jedes Land das Recht besitzt, sein Wirtschaftssystem nach eigenem Ermessen aufzubauen, gehen wir an die Arbeit.

Mit der Rede des deutschen Botschafters schloß die offizielle Sitzung. Die geschäftlichen Verhandlungen der deutschen mit der russischen Delegation beginnen am 17. November.

Die „Deutschenfurche“.

Neue Rüstungsmärchen.

Die Verbreitung von erfundenen Meldungen über angeblich geheime Rüstungen in Deutschland, die im Laufe der Generalinspektion festgestellt worden sein sollen, hat nunmehr von der französischen Presse auch auf die „Times“ übergegriffen. Obgleich angenommen werden kann, daß auch ein Dementi dieser neuen falschen Nachrichten die systematisch betriebene Fälschung nicht zum Stillstand bringen wird, wird gegenüber den einzelnen falschen Behauptungen der „Times“ von zuständigen Stellen festgestellt:

1. In Dresden wurden keine großen Waffen- oder Munitionsfunde gemacht. Festgestellt wurden tatsächlich nur 20 völlig unbrauchbare Armesäbel, 10 verrostete Karabiner und 15 Maschinengewehrläufe.

2. Bei Krupp wurde keine Fabrikation von Gewehrläufen festgestellt. Die Behauptung, daß gerade bei Krupp unter den Augen der Befugungsbehörden 20 000 Gewehrläufe heimlich hergestellt werden könnten, richtet sich selbst.

3. Die zugelassene und von den Kontrollkommissionen mehrfach besichtigte Festungsartillerie in Königsberg steht nach wie vor untätig auf betonierten Betungen.

4. Die Kontrollkommission überzeugte sich in den letzten Monaten durch annähernd 600 Besuche davon, daß sich in den Kammern der Reichswehr auch nicht ein Stück Ausrüstung mehr befindet, als durch den Vertrag von Versailles genehmigt ist.

5. Es gibt in Deutschland kein Institut, das sich mit der Herstellung von Kampfgasen beschäftigt. Das Kaiser Wilhelm Institut in Berlin und das ihm angeschlossene Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie beschäftigen sich lediglich mit humanitären wissenschaftlichen Forschungen. Die im Kriege für die Herstellung von Kampfgasen errichteten Anlagen sind zerstört. Diese Tatsache ist der Kontrollkommission, unter deren ständiger Kontrolle diese beiden Institute stehen, sehr gut bekannt. Auch die vom Berichterstatter der „Times“, ebenso wie von dem Berichterstatter des „Manchester Guardian“ aufgestellten Behauptungen über Differenzen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichswehrminister entbehren jeder Grundlage.

Dementiert wird ferner eine frei erfundene Nachricht der „Polska Izbrojna“, wonach eine geheime Konferenz sämtlicher ehemaligen Admirale und anderer Offiziere der kaiserlichen Marine stattgefunden habe, um den überschnellen Wiederaufbau der deutschen Kriegsschiffe zu beraten, ferner, daß, um diesen Zweck zu verheimlichen, eine Handelsflottengesellschaft mit finanzieller Unterstützung der Reichsregierung gebildet worden wäre.

Italiens Außenpolitik.

Mussolini vor der Kammer.

Zum Schluß der Debatte über die auswärtige Politik in der italienischen Kammer ergriff Mussolini das Wort. Er erklärte, daß die Beziehungen Italiens zu Rußland sehr gut, und die Beziehungen zu Deutschland ausgezeichnet seien. Er erklärte ferner, daß er für die

Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund

sei, auch dafür, daß Deutschland im Völkerbundsrate einen permanenten Sitz erhalte. Mussolini erklärte, in Genf würde jetzt eine der schwierigsten Fragen diskutiert, nämlich das Schiedsgerichtssystem. Die Italiener sind durch seine Unterwerfung verpflichtet, mühten zunächst mehrere praktische Fragen zur Lösung gebracht worden sein. Italien brauche einen Abfluß für seine überflüssigen Arbeitskräfte und brauche Rohstoffe. Ohne die Erfüllung dieser Bedingungen werde der Friede nicht ein Friede zwischen freien Völkern sein, sondern ein Friede, bei dem ein Teil der Völker den anderen gegenüber als Profos aufträte. Auch über die bald zu beginnenden

Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland

sagte Mussolini freundliche Worte. Zum Schluß der Rede Mussolinis spendete die Kammer großen Beifall. Im Verlaufe seiner Rede erklärte Mussolini auch, daß er eine etwaige ablehnende Abstimmung über die auswärtige Politik als ein allgemeines Misstrauensvotum gegen die Regierung auffasse.

Fürstin Laja.

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

18

Wainer läste die Fahrkarten und schritt langsam hinter Sylvia über die schmale Brücke auf das Schiff. Dabei fiel ihm auf, wie prachtvoll ihr schlanker Wuchs in dem knapp sitzenden Reifekleid aus graugrünem englischen Tuch zur Geltung kam. Ueberhaupt sah sie riesig schlank und vornehm aus. Das allerliebste Mädchen sah aus dem weissen braunen Haar wie eigens dafür gemacht. Die Handgelenke und Ellbogen waren von tadelloser Eleganz. Um die Schultern hing an einem Kettchen das zierliche Reifekettchen — ein Geschenk von tante Euphine — und die Brosche, welche den Halskragen schloß, war ein kleines Kunstwerk der Porzellan- und Schmuckindustrie. Walter v. Sternberg hatte es ihr gegeben.

Ja, sie sah nun wie eine wirkliche Dame aus, und er brauchte sich ihrer wahrlich nicht zu schämen. Freilich, Sylvia selbst hatte wenig Verdienst dabei, andere hatten für sie gedacht und gewählt.

Vor allem die Fürstin Laja. Wainer wußte es aus ihrem und Sylvias Mund, daß Laja ihr bei der Auswahl der Toiletten fast alles besorgt und zusammengestellt hatte. Es war also Lajas Geschmack, den er da vor sich sah und heimlich bewunderte.

Laja! Ein weiches, sehnüchliches Gesicht blickte ihn. Wenn er mit ihr hätte Italien durchreisen dürfen! Sie wäre gewiß nicht so kalt und teilnahmslos an allem vorübergegangen. Aufgejubelt hätte ihre empfindliche Seele heute früh beim Anblick des von der Morgensonne beschienenen Meeres.

Dann die Stadt, die Menschen, der Hafen, die Schiffe — alles, alles hätte sie entzückt, über alles hätte sie geplaudert, obwohl sie ja schon viel Schöneres gesehen hatte. Sie verstand es eben auch, in den kleinsten Sachen die Schönheit der Welt mit beiden Armen an sich zu reißen und dann mit vollen Händen, verächtlich noch durch ihr eigenes Empfinden, weiterzugeben.

Ihre Seele war immer offen, immer sonnig, auch wenn ihre dunklen Augen schwermütig in die Welt blickten.

mit ihr wäre das Reisen köstlich gewesen!

Er trachtete, diese Gedanken zu entfernen, aber sie kamen immer wieder.

Ein dumpfer Groll bemächtigte sich seiner, während er stumm neben Sylvia an der Brüstung lehnte und zusah, wie das Schiff sich langsam vom Ufer entfernte.

„Wie ein Delphie steht sie da!“ dachte er bitter. „Nicht eine Spur von Interesse ist in ihrem Gesicht zu lesen! Als ginge sie das alles nicht das geringste an. Als wäre ich Luft für sie.“

Er war verstimmt, weil ihre Gleichgültigkeit ihn um die erhoffte Gebehrde brachte. Wenn schon ihre dumme, mädchenhafte Edeu vor ihm selbst sie stumm machte, dann hätte sie sich wenigstens an dem Reuen freuen sollen, daß er ihr erschoß. Zuletzt hatte er das Gefühl, als bliebe sie ihm nicht nur alles schuldig, was er erwartet hatte, sondern als sei ihm auch eine ganz unverdiente Kränkung zugesagt worden.

Sylvia lehnte sich nicht an sein trostiges Schmelzen. Sie war froh, daß er nicht sprach, suchte sich einen Kiegesessel möglichst weit von ihm und flachte geistesabwesend vor sich hin. Ihre Gedanken flirrten zurück nach Wahrenberg. Was, wäre sie doch noch dort! Wäre er nie, nie gekommen! Es war ja schrecklich, so mit einem Manne in die fremde, weite Welt hineinfahren zu müssen, der einem innerlich ganz fremd geworden war!

Und nicht bloß in die weite Welt sollte sie mit ihm fahren, sondern weiter durch das ganze lange Leben! Zurückfahren mit ihm nach Niedenau — jene Frau wiedersehen, die ihr alles genommen hatte, der sein Herz gehörte!

„Wie werde ich es bloß anfangen, freundlich mit ihr verkehren zu können?“ dachte sie verzweifelt. „Denn das erwarten sie doch von mir! Das muß ich, wenn sie nicht merken sollten! Hätte ich vielleicht doch lieber gleich in der Eremitage zwischen sie treten und sagen sollen: Ich weiß nun alles und bin mir zu gut für die Komödie, welche ihr mir zugesagt habt!“

Vielleicht wäre es besser gewesen. Jedenfalls ehrlicher.

Aber sie hätte es nicht über die Lippen gebracht. Sie hätte sich viel zu sehr geschämt — für die beiden. Und Walter meinte auch nachher, es müsse sein, es sei ihre Pflicht, mit Wainer zu gehen.

„Wie er sich das nur denkt!“ grübelte sie weiter, „so ein Aufammenleben ohne Liebe?“ Und dann kam

Ihr plötzlich ein neuer Gedanke. Wie hatte Wainer zur Fürstin gesagt? „Über jetzt bin ich der Gatte einer anderen — du darfst so nicht zu mir sprechen!“ und: „Beherrsche dich! Sylvia vertraut und blindlings — ihr Vertrauen in mich soll nicht zu Schanden werden!“ — Ja, so hatte er gesagt.

Er dachte also doch auch an sie damals. Wenn auch nicht aus Liebe, so doch aus Pflichtgefühl. Vielleicht bereute er, vielleicht wollte er ein neues Leben beginnen, vielleicht schämte er sich um seiner Liebe zu Laja? Er mußte sich ja schämen, denn sie war doch die Frau eines anderen, und sie zu lieben war eine Sünde. Zuletzt hatte er auch noch von Freundschaft geredet.

Ein ganz schwacher Hoffnungsschimmer glomm in Sylvia auf. Wenn sie bei Wainer aushält — vielleicht konnte dann in ferner, ferner Zeit doch noch alles gut werden. Und sie wollte ausharren. Sie hatte ihm ja doch so lieb gehabt — so unaussprechlich lieb!

Ihr Bild wurde weich und flog suchend zu Wainer hinüber. Dort lehnte er und starrte finster über Bord. Die Sonne war gestiegen, und das Meer wurde immer blauer. Wie hübsch sein edles Profil und das leichte Blond des Bartes sich gegen die fette, dunkle Bläue dahinter abhob!

Gedankt hing Sylvias Bild an dem Bilde. Dann schreckte sie plötzlich auf. Ein junger Mann — man sah ihm sofort den Maler an — hatte sie schon eine Weile beobachtet. Jetzt senkte er den dunklen Hutenslopf, stellte sich als Hans Welther vor und fragte mit feuchter Bewunderung im Blick, ob das gnädige Fräulein allein reise, und ob er ihr ein wenig Gesellschaft leisten dürfe.

Dunkelrot vor Verlegenheit erhob sich Sylvia, murmelte ein paar abweisende Worte und entfernte sich rasch, um für den Rest der Fahrt und im Damen-salon zu bleiben.

Nachher kam sie sich selber unfähig albern vor in ihrer gänzlichmühtigen Prädikate. Der Herr war sehr höflich gewesen, und es lag in seinem Benehmen nichts Beleidigendes. Sie hätte ja ganz ruhig erwidern können: „Nein, ich reise nicht allein, dort steht mein Mann, Graf Niedenau.“ Aber sie war so erschrocken gewesen, und es war sehr peinlich, sich ohne rechten Grund zu fälschen.

Fortsetzung folgt

Bei der Abstimmung stimmten die Kriegsverfechter für die Regierung. Die auswärtige Politik Mussolinis wurde nach Abschluß der Debatte mit einem Vertrauensvotum von 247 gegen 6 Stimmen bei 26 Stimmenthaltungen gebilligt. Unter anderem stimmten gegen die Regierung Violitti, der Exminister Soleri und der Ex-Fasist Rocca. Mussolini hatte vorher erklärt, wer die allgemeine Politik der Regierung nicht billige, solle schon jetzt gegen sie stimmen, und nicht das Budget des Innern ablehnen.

Kirche und Aufwertung.

Auf ein an die Reichsregierung gerichtetes Schreiben zur Frage der Aufwertung ist soeben bei dem Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses eine Antwort eingelaufen. Reichsminister Marx schreibt darin:

Die Notlage, in die die deutschen evangelischen Landeskirchen und die Anstalten der christlichen Liebestätigkeit durch den unglücklichen Ausgang des Krieges und den Währungsverfall geraten sind, beklage ich aus tiefster Seele. Mit Mitteln der Gesetzgebung die höchst bedauerlichen Folgen dieser Entwicklung in befriedigender Weise wieder beseitigen zu wollen, wäre ein aussichtsloses Bemühen. Wenn die Reichsregierung sich gleichwohl zu gesetzgeberischen Maßnahmen entschlossen hat, so geschah dies in dem Bestreben, im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen die Lasten, die der Krieg den einzelnen Volksgenossen auferlegt hat, auszugleichen und unerträgliche Härten zu beseitigen. Ob und inwieweit eine Möglichkeit besteht, noch weitere Erleichterungen zugunsten der durch den Währungsverfall hauptsächlich betroffenen Volksteile zu schaffen, wird unaufgefordert Gegenstand ernstlicher Aufmerksamkeit der Reichsregierung bleiben.

Gerichtliches.

Der Leiter des Berliner Fremdenamtes verhaftet. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: In der Expressionsfrage gegen den in Untersuchungshaft befindlichen Russen Michael Holzmann sind durch die Untersuchung unaufgeklärte Beziehungen des S. zu dem Leiter des Fremdenamtes, Regierungsrat Bartels, festgestellt worden. Daraufhin ist Regierungsrat Bartels unter Einleitung des Disziplinarverfahrens seines Postens sofort entbunden worden. Im Verlaufe der Untersuchung ergaben sich weitere Tatsachen, die den dringenden Verdacht einer strafbaren Handlung nach § 332 des St.-G.-B. begründet erscheinen lassen. Infolgedessen ist Regierungsrat Bartels auf Grund eines richterlichen Haftbefehls vorläufig festgenommen und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt worden.

Verurteilung eines bayerischen Kommunisten. Der ehemalige Parteiführer der Bayerischen Kommunistischen Partei, Simon Maier, dem seinerzeit die militärische Leitung des Bezirks Bayern-Südwest übertragen war, wurde in Innsbruck zu acht Monaten schweren Kerkers wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz verurteilt. Maier war der Chef der Bayerischen kommunistischen Waffen- und Munitionsherstellungsgesellschaft. Es war ihm seinerzeit gelungen, sich der Verhaftung in Bayern durch die Flucht nach Tirol zu entziehen. In Tirol wurde er auf Grund eines Haftbefehls verhaftet.

Aus aller Welt.

Das friedliche Frankreich. Bei der Einweihung eines Denkmals für die Luxemburger Freiwilligen in Luxemburg an der auch der belgische Ministerpräsident sowie der Außenminister teilnahmen, hielt Ministerpräsident Herriot eine Rede, in der er sagte: Frankreich will zuerst für die Sicherheit seiner Milizen und für seine eigene Sicherheit arbeiten. Wirkliche Sicherheit aber kann es nur im organisierten Frieden geben. Die Verträge, die unantastbar sind, müssen einer allgemeinen Organisation vorausgehen, für die wir die Grundzüge längst in Genf festgelegt haben. An diesem Werk arbeitet Frankreich mit aller seiner Kraft. Auch der belgische Ministerpräsident Thunis hat in seiner Rede von dem unsicheren Frieden gesprochen, der in einen wirklichen Frieden umgewandelt werden müsse.

Luftpost Frankreich-Südamerika. Das „Journal des Débats“ spricht von folgenden französischen Luftfahrplänen. Es sei ein Projekt ausgearbeitet worden, das vor seiner Verwirklichung stehe und das eine Luftpostverbindung zwischen Frankreich und Südamerika sowie von Paris über Toulouse, Spanien, Marokko und die afrikanische Küste bis Dakar, weiter über Natal nach Rio de Janeiro und Buenos Aires vorsieht. Der Plan und das Kapital seien französischen Ursprungs, die Ingenieure und die Flugzeugführer spanisch. Alle Vorarbeiten seien beendet und der Beistand Spaniens und der verschiedenen Staaten von Südamerika sei sichergestellt.

Ungarische Verlesungsmüller. Das Budapesti Hauptpostamt erzählt, daß in letzter Zeit viele echte Perlen aus dem Bande geschmuggelt und der Fiskus um zahlreiche Millionen geschädigt wurde. Jetzt gelang der Polizei die Festnahme zweier Pariser Juwelengänger, Oscar Schulbreit und Charles Brehos. Man beschlagnahmte ein Perlenkollier im Werte von etwa drei Milliarden ungarischer Kronen. Eine Untersuchung ergab, daß die Perlen im Futter der Lederrockmütze, in Watte gehüllt, eingenäht waren. Die Agenten bleiben im Gewachraum, bis die Höhe des Zollbetrages festgestellt und erlegt ist.

Paris, 17. November. Ein Madrider Telegramm des „Journal“ legt dar, daß das Kriegsgesetz von Romplona die vier wegen des Aufstandes in Vera angeklagten Spanier freigesprochen hat. Infolge der Freisprüche hat der Militärgouverneur Widerpruch erhoben und Verurteilung beim Obersten Kriegsrat in Madrid eingeleitet.

Die Maul- und Klauenseuche in Baden.

Freiburg, 17. November. Nachdem aus zahlreichen Ortschaften Oberbadens Fälle von Maul- und Klauenseuche gemeldet worden sind, hat die Schweiz die Ausfuhr des landwirtschaftlichen Verkehrs von Baden bis Laufenburg, längs der badisch-schweizerischen Grenze, sowie jegliche Einfuhr von Kleinvieh und Fäuten über die Strazengassanten bis auf weiteres verboten. Die Maul- und Klauenseuche wurde auch auf dem Freiburger Schlachthof festgestellt.

Niesenbrand in der Tschscholowalei.

Reichenberg, 17. November. Ein ungeheurer Brand wütete im Gütermagazin des Staatsbahnhofes. Der Schaden beträgt über 11 Millionen tschechoslowakischer Kronen. Bei den Rettungsarbeiten wurden viele Personen verletzt.

Aus West- und Süddeutschland.

Die Elektrifizierung der oberbayerischen Bahnen ist geplant. Zurzeit finden Besprechungen und Verhandlungen statt. In Betracht kommen die Linien Friedberg-Engen, Schotten-Ribba, Ribba-Friedberg, Stöckheim-Gebern und Engen-Laubach-Münde. Man verspricht sich vom Einlegen der Friedberg-Linie eine Zunahme des Verkehrs.

Wegen Brandstiftung verhaftet. Der in Starckenburg bekannte Gutspächter des Sulzbacher Hofes, Mühlert, wurde dieser Tage wegen Brandstiftung verhaftet. Bei der Angabe der verbrannten Vorräte verwickelte er sich in Widersprüche, so daß sich die Verdachtsmomente gegen ihn noch verstärkten. Es wird angenommen, daß er der Brandstifter des von ihm gepachteten Gutes ist. Die Versicherung hat einen Schaden von 25 000 Mark zu decken.

Regulierung der Ringe. In der letzten Sitzung des Landesausschusses für den Regierungsbezirk Rastatt ist bei der Besprechung der Unweiterführung auch die Regulierung der Ringe erörtert und ein Antrag des Landesausschusses mitglied des Ringe-Regulierungsausschusses angenommen worden, in dem die Ringe-Regulierung gefordert wird. Der der Tagung beizuhabende Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau erklärte, daß das Projekt der Ringe-Regulierung bereits seit fünf Jahren fertiggestellt sei, seine Ausführung jedoch wegen Mangel an Mitteln noch nicht in Angriff genommen werden konnte.

Verurteilung Prof. Dr. Gerlach. a. o. Professor für Physik an der Universität Frankfurt, ist als Nachfolger des zum Präsidenten der Physikalischen Reichsanstalt ernannten Prof. Paschen an die Universität Tübingen berufen worden.

Unter Verdacht verhaftet wurde in Frankfurt am Main der 24jährige Karl Reiß aus Rastatt, der im Verdacht steht, seinen Wadengenosse Göbel zwischen Feggenheim und Hanau beraubt und in den Main geworfen zu haben. Reiß stellte sich der Polizei und gab an, daß es sich um einen Unglücksfall handle, der aus einem Streit entspringe.

Weitere 100 000 Mark für die Kollisionsenden im Ueberflutungsgebiet. Dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz wurde durch die preussische Staatsregierung zur Verringerung der ärgsten Not im Ueberflutungsgebiet des Regierungsbezirks Wiesbaden die Summe von hunderttausend Mark zur Verfügung gestellt. Ferner wird aus Wiesbaden berichtet: Der Landesausschuss beschloß, sich an der Hilfsaktion für die durch das Hochwasser Geschädigten bis zu einem Drittel der Kosten unter der Voraussetzung zu beteiligen, daß die Staatsregierung und die Stadt Frankfurt a. M. sich wenigstens mit dem gleichen Betrage beteiligen.

Erneuerung von Eisenbahnbrücken. Die aus Debra berichtet wird, läßt die Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. gegenwärtig sämtliche Eisenbahnbrücken an der Strecke erneuern. Die Brücken haben durch das Befahren mit den neuen Schnellzugsmotoren gelitten. Vorläufig werden die Brücken mit zwei Maschinen der leichteren Systeme gezogen.

Ein Auto totgefahren. Aus Kreuznach wird berichtet: Auf der Gargersheimer Landstraße wurde ein unbekannter Krafwagen von einem Auto das gleichfalls unbekannt entkam, überfahren und getötet. Der Tote wurde am anderen Morgen von Straßenpassanten aufgefunden. Bei Geisla überschlug sich das Auto des Kaufmanns Otto Pohle mehrere Male und begrub den Fahrer unter sich. Pohle trug dabei lebensgefährliche Verletzungen davon und mußte dem hiesigen Krankenhaus zugeführt werden.

Unbefugte Entnahme von Elektrizität. Die Main-Kraftwerke haben festgestellt, daß in einzelnen Anlagen verschiedener Gemeinden des Kreises Wiesbaden Versuche vorgenommen werden, die von ihnen bezogene elektrische Energie ohne Bezahlung aus dem Ortsnetz zu entnehmen. Die Main-Kraftwerke gehen jetzt rücksichtslos gegen diese Abnehmer vor.

In der Jandgrube ertrunken. In Roth bei Dillenburg stürzte die 73jährige Witwe Jennrich in eine Jandgrube und ertrank, ehe Hilfe gebracht werden konnte.

Unentdecktes Mordverbrechen. Ein Werkmeister aus Kofheim hatte auf dem Pfandhaus einen Anzug versteckt. Der Pfandhüter verlor er. Vor einigen Tagen entdeckte er seinen Anzug am Leibe eines Gelegenheitsarbeiters. Er veranlaßte die Festnahme des Mannes. Die sich herausstellte, hatte dieser den Pfandhüter gefunden und den Anzug eingetauscht.

Die eigene Frau erschossen. Die Frau des Bergmanns A. Barth in Wilmshausen wurde an einer entlegenen Stelle des Ortes tot aufgefunden. Die Leiche war nur mit einem Hemd bekleidet und mit Tüchern zugedeckt. Unter dem dringenden Verdacht, seine Ehefrau selbst ermordet und die Leiche beiseite gebracht zu haben, wurde der Mann Barth verhaftet. Die Annahme, daß die Mutter Barth und dessen Bruder an dem Mord beteiligt gewesen seien, bestätigte sich nicht. Zwischen dem Ehepaar Barth, die erst seit etwa drei Jahren verheiratet sind, bestand ein sehr schlechtes Verhältnis. Barth schloß stets in der Wohnung seiner Mutter anstatt in der eigenen Wohnung. Es wurde festgestellt, daß Barth in die Wohnung seiner Frau eingedrungen ist und diese nach einem erregten Wortwechsel im Bett erschossen hat. Die Leiche hat er dann beiseite. Nach der Tat ging er auf die Kirchweih nach Niederwürzbach, wo er erzählte, daß seine Frau ihm durchgegangen sei.

Todesurteil vom Taugenitz. Aus Rietzen wird gemeldet: Töblich verunglückt ist an dem Reubau der Gelsio. Diebstahl der Mauer Schindeln von Schwabburg. Er stürzte von einer Leiter auf einen Steinhaufen und erlitt einen Schädelbruch. Der Verunglückte hinterläßt Frau und sieben unmündige Kinder.

Der Süddeutsche Kanal-Verein hat in einer in Stuttgart abgehaltenen aus allen Teilen Süddeutschlands und darüber hinaus stark besuchten Mitgliederversammlung beschlossen, die Regierungen und Volksvertretungen des Reiches und der Länder Württemberg, Baden und Hessen zu bitten, mit aller Energie so rasch als irgend möglich und ohne Unterbrechung den begonnenen Ausbau der Redar-Wasserstraße vom Rhein zur Donau durchzuführen.

Neue Autolinien. Zurzeit sind Verhandlungen im Gange, um die Weiterführung der Autolinie Freiburg-Basel nach Ehrenfette und darüber hinaus in die Wege zu leiten. Der schwierigste Punkt ist die Zuspäuführung, die noch geregelt werden muß. Ob die Linie über Kirchhofen nach Krotzingen oder direkt nach Staufen weitergeführt wird, ist noch nicht bekannt.

Industrie- und Schiffbauausstellung in Duisburg. Aus Anlaß der Tausendjahrfeier der Rheinlande plant die Stadt Duisburg die Veranstaltung einer Industrie- und Schiffbauausstellung. Außerdem sollen eine Heimatausstellung, sowie große Fußballspiele aus Anlaß der Einweihung des neuen Stadions und Veranstaltungen der Gewerkschaften, Mittelschulvereine usw. stattfinden.

Handelsteil.

Berlin, 17. November.

Deusenmarkt. Die Anforderungen zeigten das übliche Montagssbild. International waren keine Veränderungen zu verzeichnen.

Effektenmarkt. Die Börse stand heute im Zeichen eines Einbruchs am Anleihemarkt, der deutlich die rein spekulative Position dieses Gebietes enthüllt. Die Tendenz wird nicht durch neue Nachrichten und Gerüchte über die Aufwertung, also durch Hoffnungen oder Enttäuschungen bestimmt, sondern lediglich durch markttechnische Gründe.

Produktenmarkt. Trotz der Befestigung der amerikanischen Getreidebörsen zeigte der hiesige Produktenmarkt geringe Unternehmungslust. Für Lieferung Dezember war die Tendenz unsicher. Das Weizengetreide hat keine Belebung erfahren. Gerste schwächte sich infolge größeren Angebots ab. Die Haferpreise litten unter vermehrtem Angebot. Futterartikel wurden wenig umgesetzt.

Es wurden gezahlt für 1000 kg.: Weizen 209-215, Roggen 205-209, Gerste märk. 220-248, neue 190-200, Hafer märk. 169-176, pomm. 159-168; für 100 kg. Weizenmehl 29,50-32, Roggenmehl 29-31,50, Weizenkleie 12,70-13,20, Roggenkleie 12-12,80.

Frankfurt a. M., 17. November.

Deusenmarkt. Das Lianengeschäft hatte normalen Umfang. Das Pfund bleibt international fest.

Effektenmarkt. Nachdem sich im Frühverkehr das leidenschaftliche Spiel für deutsche Anleihen nach oben fortgesetzt hatte, eröffnete der amtliche Verkehr noch zu behaupteten Kursen. Doch unmittelbar darauf setzte zur allgemeinen Ueberzeugung eine so kräftige Verkaufsströmung ein, daß der Kurs der Kriegsanleihe, die im Frühverkehr noch mit 1070 M. gehandelt wurde, etwas unter der letzten amtlichen Notiz (987 1/2 M.) mit 960 eröffnet wurde und später weiter auf 780 M. zurückging; erst gegen Schluß trat eine leichte Erholung auf 820 M. ein.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg. Weizen 21,50-23,50, Roggen 22-23, Sommergerste 24-26, Hafer 17,60-21,75, Mais 21-21,50, Weizenmehl 35,50-38,50, Roggenmehl 32-36, Kleie 12,40-12,60, Erbsen 30-38, Senf 11, Erbsen 6,50-7.

Sport.

Sportverein Greifath 1910 1.—Victoria Jura 1. 2:1 (0:0.)

In Greifath gings weiter im Kampfe um die Punkte, wobei Jura seine erste Niederlage einstecken mußte, und sich die ersten Punkte rauben ließ. Die Zuschauer verfolgten ruhig und gemessen den gigantischen Kampf der beiden um die Spitze kämpfenden Parteien.

Jura hat Wahl. Greifath spielt an. Gleich nach Beginn setzen beide Parteien, jedoch nicht mit übermäßig schnellem Tempo ein. Das Spiel ist noch ziemlich unausgeglichen. Eine in der 10. Minute für Jura gegebene Ecke bringt nichts ein. Jura macht sich eine leichte Überlegenheit Sportvereins bemerkbar. Victoria ist sich dessen, was auf dem Spiele steht, bewußt, und eifrig bei der Sache. Ein 11. Meter für Greifath in der 20. Minute wird verschossen. Der Kampf wogt auf und ab. Mit 0:0 geht es in die Pause.

Nach Stärkung in der Pause bot sich den Zuschauern das selbe schöne und faire Spiel. Jura legt sich mächtig ins Zeug. Jedoch blendend ist Sportvereins Hintermannschaft und hindert den Gegner in seiner Sturmfront. Wechselseitig liegen beide Tore in Gefahr, bis Sportverein in der 20. Minute durch seinen Mittelfürer in Führung gehen kann. Jedoch diese Freude ist nicht von langer Dauer, denn schon nach 5 Minuten gleicht Jura durch einen Eckball aus. Beide Parteien versuchen mit aller Macht noch ein Tor zu erzielen, welches jedoch von der beiderseitigen Verteidigung noch nicht zugelassen wird. Es geht dem Ende zu und man glaubt, sich mit einem 1:1 begnügen zu müssen. Doch nein, 10 Minuten vor Schluß kann Sportvereins Rechtsaußen einen schönen Treffer anbringen. Juras Versuche noch auszuholen, scheitern an Sportvereins Hintermannschaft. Noch einige Minuten Spielzeit, dann folgt der Schlußpfiff des Schiedsrichters, welcher dem Spiele ein unschätzbare Leier war. Nach diesem Siege belegt Sportverein sicher den 2. Platz in der Tabelle.

Weitere Resultate: Hinsiedel—Gellep 1:3. Wilmshausen 3:1. Fischeln 12—Anrath 1:1. Schiefbahn—Borst 1:5.

Fußball in West- und Süddeutschland.

Fußball. Preußen-Essen—SS. Altenessen 2:1; St. Dor mund 0:0; Buer 0:1; EC. Dortmund 0:5—Arminia Mar ton 0:0; WBB. Bielefeld—Essener EC. 99 1:1; Erle 0:0; Dortmund 6:0; Union Gelsenkirchen—Langenreder 0:4 0:1. Niederrheingau. Weidenicher SpB.—Duisburg 99 3:1; Duisburger SpB.—Oberhausen 0:2; Preußen Arnsfeld—SS. Duisburg 1:2; SpB. Ruhrort—SS. Arnsfeld 1:5; Preußen Duisburg—Union Hamborn 1:0.

Berg-Märk. Gau. EC. Cronenberg—SS. 04 Düsseldorf 4:2; EC. 05 Düsseldorf—SS. Remscheid 0:0.

Rheinland. VfR. Köln—Köln EC. 2:1; Köln EC.—Lura Bonn 4:4; EC. M. Gladbach—Jugend Düren 1:3; Rheinaia Köln—Dürener FC. 1:0; Germania Düren—Köln EC. 99 2:4; Viktoria Köln—Köln 1900 0:3; Mühlheimer SpB.—VfB. Aachen 3:1; SS. M. Gladbach—VfB. Aachen 1:2; Alemannia Aachen—Eintracht M. Gladbach 0:1; Dürener SpB.—VfB. Aachen 0:2; Bonner FC.—Köln-Eilg. 0:3 1.

Hessen-Nassau. Ruchessen Rastatt—Rastatt 48 4:0; Hann. Münden—FC. Wehlar 2:1; Göttingen 05—SpB. Rastatt 2:1; Ruchessen Marburg—SpB. Göttingen 2:6; Gießen 1900—VfB. Marburg 1:0.

Rheinbezirk. Mannheim-Neckarau—VfR. Feudenheim 0:0; SS. Darmstadt—VfR. Mannheim 0:2; VfB. Ludwigsbafen—VfB. Mannheim—Waldhof 0:0; FC. Pirmasens—VfB. Ludwigsbafen 1:1.

Rheinbezirk. Canau 93—Helvetia Frankfurt 3:0; Offenbacher Riders—Eintracht Frankfurt 2:1 (abgebrochen); VfR. Frankfurt—VfB. Frankfurt 1:2; Union Niederrad—EC. Bursfel 5:0.

Rheinbezirk. Saar. 1. FC. Jbar—FC. Saarbrücken 1:1; SS. Wiesbaden—Wormatia Worms 3:0.

Bezirk Württemberg-Baden. FC. Mühlburg—VfB. Stuttgart 0:1; EC. Stuttgart—1. FC. Pforzheim 2:1 (M); FC. Reibura—VfB. Reibronn 0:0.